






INHALT / SOMMAIRE

	Politik	2
	Organisationen	6
	Dienstleistungen	8
	Verbandsstruktur	9
	Politique	10
	Organisations	14
	Prestations de services	16
	Structure de l'Union	17
	Vertretungen / Représentations	19
	Erfolgsrechnung / Comptes d'exploitation	22
	Vermögensrechnung / Détail de la fortune	23
	Bericht der Revisionsstelle / Rapport des réviseurs	24
	SSV-Mitglieder / Membres de l'UVS	25

POLITIK

Bundespolitik ist auch Stadtpolitik

Die Massnahmen und Gesetze des Bundes beeinflussen das Leben und die politischen Aktivitäten in den Städten immer stärker. Der Städteverband hat deshalb in den letzten zehn Jahren seine bundespolitischen Aktivitäten stark intensiviert. Diese Arbeit hat erste Erfolge gebracht. Sie muss aber im Interesse der Städte fortgeführt und nach Möglichkeit verstärkt werden.

Erste Schritte, wie die Aufnahme des Städte- und Gemeindeartikels (Art. 50 BV) in die Bundesverfassung, mussten mühsam erkämpft werden. Ihre Umsetzung war von etlichen Rückschlägen begleitet. Heute dürfen wir nun feststellen, dass der Bund bereit ist, in verschiedenen Bereichen seine Gesetzgebung entsprechend anzupassen. So anerkennt das Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren aus dem Jahre 2005 in Artikel 4 die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete wie die Kantone als ständige und obligatorische Partner. Damit wird auch der Zugang zu den Expertenkommissionen des Bundes und zu den Hearings der vorberatenden Kommissionen der eidgenössischen Räte erleichtert. Mit der Schaffung des Gesetzes über den Infrastrukturfonds, das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, fliessen während einer Periode von rund 20 Jahren erstmals rund 6 Milliarden Franken Bundesmittel in die Investitionen für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Agglomerationen. Der Neue Finanzausgleich (NFA), der ebenfalls auf den 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, anerkennt erstmals – wenn auch leider in zu bescheidenem Masse – die soziodemografischen Lasten der Kantone und grossen Städte.

In einzelnen Sektoralpolitiken konnten wichtige Anliegen der Städte durchgesetzt werden. So erfolgt die Liberalisierung des Strommarktes nun in zwei Etappen, was den städtischen und kommunalen Werken die Anpassung an die neuen Marktgegebenheiten erleichtert. Bei der Umsetzung der Ausländerpolitik ist der Bund neu bereit, sektorübergreifende Integra-

tionsmassnahmen zu unterstützen. In der Agglomerationspolitik im engeren Sinne ist die Fortführung der Förderung der Modellvorhaben der Zusammenarbeit durch den Bund positiv. Ebenfalls positiv wird sich die vom Infrastrukturfonds verlangte Ausarbeitung von Agglomerationsprogrammen für den Verkehr auswirken. Nach wie vor fehlt aber eine gesetzliche Basis für die Agglomerationspolitik. Der Bundesrat hat deshalb das UVEK beauftragt, im Rahmen der Revision des Raumplanungsgesetzes diese Basis zu schaffen. Parallel dazu fordert auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates in einer Kommissionsmotion eine gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik.

Im Bereich der Sozialversicherungen leiden die Städte nach wie vor unter den Spar- und Sanierungsmassnahmen auf Bundesebene, weil etliche dieser Massnahmen zu einer Mehrbelastung des letzten Auffanggefässes, nämlich der weitgehend von den Städten und Gemeinden finanzierten Fürsorgeleistungen gehen. Probleme haben die Städte auch mit der von den eidgenössischen Räten beschlossenen Modernisierung der Volkszählung, weil einerseits wichtige Grundlagen noch nicht gesichert sind und weil andererseits wegen Sparmassnahmen regional auswertbare Daten zum Teil fehlen werden.

Besonders intensiv hat der Städteverband im abgelaufenen Geschäftsjahr die Bereiche Verkehr, Finanzausgleich, Strommarktliberalisierung und Agglomerationspolitik betreut.

Verkehr

Die Umsetzung der Mitfinanzierung von Projekten des Stadt- und Agglomerationsverkehrs über den Infrastrukturfonds des Bundes ist angelaufen.

Die Finanzierung der dringenden und baureifen Projekte ist gesichert. So steht zum Beispiel die Metro M2 in Lausanne vor der Vollendung. In Zürich werden der neue Durchgangsbahnhof und die Glattalbahn gebaut. In Luzern wird die Tieflegung der Zentralbahn verwirklicht. Für den Bau des Trams Zürich West und Bern West liegen gültige Volksentscheide vor, ebenso für die Umfahrung der Innenstadt Freiburg durch den Poya-Tunnel und über die Poya-Brücke. In der Zwischen-



zeit haben die Kantone und Agglomerationen auch die ersten Agglomerationsprogramme für den Verkehr beim Bund eingereicht, so dass im Jahre 2010 ein weiteres Investitionsprogramm für den Agglomerationsverkehr beschlossen werden kann.

Der Infrastrukturfonds erlaubt es aber auch, mit den noch zu bauenden Autobahnen Städte und grosse Gemeinden vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Dies gilt insbesondere für die Stadt Biel sowie die Region Oberwallis. Immer wichtiger wird neben den Kapazitätsanpassungen der Autobahnen die Überdeckung von Autobahnabschnitten, damit die Lebensqualität in Wohnquartieren verbessert werden kann.

Der nächste wichtige Entscheid für den Bahnverkehr insgesamt sowie für rasche und kapazitätsmässig genügende Bahnverbindungen zwischen den Städten steht mit der Vorlage zur Gesamtschau über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV) sowie dem Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) zur Behandlung in den eidgenössischen Räten an. Bereits im Vernehmlassungsverfahren hat der Städteverband darauf hingewiesen, dass für die Wettbewerbsfähigkeit des «Städtenetzes Schweiz» ein umfassender Ausbau der Bahnverbindungen unerlässlich ist. Die stark gestiegenen Kosten für die NEAT dürfen nicht dazu führen, dass mangels Investitionsmitteln nur das Minimalprogramm für die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) verwirklicht wird. Vielmehr drängt sich möglichst rasch eine Zusatzvorlage im Umfang von drei bis fünf Milliarden Franken auf, damit zum Beispiel die dringendsten Eisenbahngrossprojekte wie Zimmerberg-, Wiesenberg-, Heitersberg- und Brüttenertunnel, das dritte Gleis Lausanne-Genf und die bessere Anbindung der Region Luzern verwirklicht werden können.

Finanzausgleich

Auf den 1. Januar 2008 ist der Neue Finanzausgleich in Kraft getreten. Die definitiven Ausgleichsbeträge, die pro Jahr in die einzelnen Ausgleichstöpfe fliessen, wurden von den eidgenössischen Räten im Jahre 2007 wie folgt festgelegt: Ausgleich für ressourcenschwache Kantone 3,058 Milliarden Franken, soziodemografischer Ausgleich und geografisch-

topografischer Ausgleich je 341 Millionen und Härteausgleich 365 Millionen Franken. Positiv zu bewerten ist, dass mit dem soziodemografischen Ausgleich erstmals die urbanen Lasten der grossen Kernstädte und Kantone grundsätzlich anerkannt werden. Zu bedauern ist dagegen, dass die eidgenössischen Räte nicht den Mut hatten, den soziodemografischen Ausgleich – wie es der Städteverband in Hearings vor den Kommissionen des Ständerates und des Nationalrates verlangt hatte – den effektiven Belastungen anzupassen. Aufgrund eines an sich unbestrittenen Gutachtens hätte von der Gesamtsumme von 682 Millionen Franken rund 70 % auf den soziodemografischen Ausgleich entfallen sollen.

In rund vier Jahren wird eine erste Wirkungsanalyse des Finanzausgleichs durchgeführt. Der Städteverband wird bei dieser Gelegenheit erneut versuchen, den soziodemografischen Ausgleich den effektiven Lasten anzupassen.

Die innerkantonale Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs stellt insbesondere an die kantonalen Kommunalverbände, aber auch an die Städte und Gemeinden hohe politische, sachliche und zum Teil finanzielle Anforderungen. Die Gesamtbilanz des Neuen Finanzausgleichs fällt unter Berücksichtigung der innerkantonalen Umsetzungen für die einzelnen Städte und Gemeinden recht unterschiedlich aus.

Strommarktliberalisierung

Ebenfalls auf den 1. Januar 2008 hat der Bundesrat frühzeitig die meisten Teile des neuen Stromversorgungsgesetzes in Kraft gesetzt. Die Ausführungsverordnung ist allerdings noch nicht definitiv ausgearbeitet, soll aber auf den 1. April 2008 rechtsgültig werden. Die Grosskunden erhalten ab 1. Januar 2009 den freien Marktzutritt. Falls kein Referendum ergriffen wird, ist die Liberalisierung für Kleinkunden und Haushalte für das Jahr 2014 vorgesehen. Mit dieser frühzeitigen Inkraftsetzung wird die Elektrizitätskommission als Regulator allfällige Tarifierhöhungen rückwirkend beurteilen und gegebenenfalls senken können. Aus rechtsstaatlicher Sicht ist diese Regelung aber fragwürdig. Dies gilt insbesondere für die rückwirkende Beurteilung von Tarifierhöhungen aufgrund einer Verordnung, die erst nachträglich in Kraft gesetzt wurde.

Der Städteverband darf für sich in Anspruch nehmen, im abgelaufenen Geschäftsjahr – zusammen mit starken Partnern – in den eidgenössischen Räten die definitive Gesetzesvorlage entscheidend mitgeprägt zu haben. Sowohl der Bundesrat wie auch die vorberatende Kommission des Nationalrates wollten eine sofortige und voraussetzungslose Marktöffnung durchsetzen. Das nun verwirklichte zweistufige Vorgehen mit einem Regulator und einer nationalen Netzgesellschaft hilft mit, Fehler zu vermeiden und gibt den Stadt- und Gemeindewerken eine faire Anpassungszeit.

Agglomerationskonzept / Raumkonzept

Der Bundesrat hat im Geschäftsjahr aufgrund eines Zwischenberichtes eine erste positive Bilanz über seine Agglomerationspolitik gezogen. Diese soll weitergeführt und gesetzlich verankert werden. In der Tat stützt sich die heutige Agglomerationspolitik des Bundes direkt auf den Städte- und Gemeindeartikel in der Bundesverfassung ab. Die gesetzliche Grundlage fehlt nach wie vor. Der Schweizerische Städteverband hat diesen Mangel in den Hearings der vorberatenden Kommissionen der eidgenössischen Räte zum neuen Gesetz über die Regionalpolitik klar beanstandet. In der Folge hat nun erfreulicherweise die zuständige Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates eine Kommissionsmotion gutgeheissen, welche verlangt, dass die Agglomerationspolitik im Raumplanungsgesetz wie folgt verankert werde:

- gesetzliche Regelung der Agglomerationsprogramme
- Schaffung einer gesetzlichen Basis für die bereits laufende Unterstützung des Bundes der Modellvorhaben der Zusammenarbeit in den Agglomerationen
- Verpflichtung des Bundes, die Regionalpolitik – auch diejenige für den urbanen Raum - mit den andern Sektoralpolitiken zu koordinieren.

Der Nationalrat hat diese Motion bereits gutgeheissen. Die Behandlung im Ständerat steht noch aus.

Für die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik ist das neue Raumkonzept Schweiz des Bundes von entscheidender

Bedeutung. Die entsprechenden praktischen Arbeiten wurden unter Mitwirkung von Städtevertreterinnen und -vertretern durchgeführt. Entscheidend wird nun sein, wie weit die politischen Vertreter von Bund, Kantonen und Kommunalverbänden bereit sein werden, einem griffigen Raumkonzept Schweiz zuzustimmen.

Vernehmlassungen und Hearings

Der Städteverband hat an zahlreichen Anhörungen von Kommissionen der eidgenössischen Räte teilgenommen, so an Hearings zur Regionalpolitik, zur Liberalisierung des Strommarktes und zur Dotierung der Gefässe zum Neuen Finanzausgleich.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Vernehmlassungen und Anhörungen des Bundes bearbeitet und eingereicht:

- Einführung biometrischer Ausweise. Genehmigung und Umsetzung einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Bereich Ausweis- und Ausländerrecht
- Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen
- Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten
- Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung und Schaffung einer Spezialfinanzierung Luftverkehr
- Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeolG)
- Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG)
- Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG)
- Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 zur Errichtung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (FRONTEX)
- Ratifikation der UNESCO-Konvention über die kulturelle Vielfalt
- Ratifikation der UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes



- Sachplan Geologische Tiefenlager - Konzeptteil
- Verfassungsbestimmung Hooliganismus
- Harmonisiertes Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2)
- Verordnung über die Pärke von nationaler Bedeutung (Pärkeverordnung)
- Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz (ArGV 5). Sonderschutz der jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Einführung eines Finanzreferendums
- Steuerliche Behandlung von Instandstellungskosten bei Liegenschaften
- Systementscheid bei der Ehepaarbesteuerung
- Totalrevision der Handelsregisterverordnung (HRegV)
- Verordnung über die Familienzulagen (Familienzulagenverordnung, FamZV)
- Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer und der Teilrevision Asylgesetz vom 16. Dezember 2005
- Gesamtschau FinöV
- Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes
- NFA; Anpassungen des Ordnungsrechts infolge der NFA-Ausführungsgesetzgebung
- Revision des Mehrwertsteuergesetzes
- Ratifikation eines Übereinkommens und der Änderung eines Übereinkommens sowie Beitritt zu zwei Änderungsprotokollen der UNO zur Bekämpfung terroristischer Handlungen gegen die nukleare und maritime Sicherheit
- Verordnung über den Schutz der historischen Verkehrswege der Schweiz (VIVS)
- Teilrevision des Obligationenrechts (Haftung für gefährliche Hunde)
- Verbot von Pitbulls in der Schweiz
- Entwurf der Verordnung zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (E-RHV)
- Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen
- Scheinehen unterbinden
- Änderung Bürgerrechtsgesetz
- Revision des Zivildienstgesetzes und des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe
- Stromversorgungsverordnung und Revision Energieverordnung

- Aktionspläne Energieeffizienz und erneuerbare Energien
- Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung
- Feuerwehr 2015
- Faire Abstimmungskampagnen
- Verzicht auf Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- GeolG: 2. Anhörung zur Verordnung über die geografischen Namen
- Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung (VSKV-ASTRA) und zur Überarbeitung der themenbezogenen Weisungen
- Einsatz von Schutzdienstpflichtigen aus der Personalreserve
- Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (Strafbehördenorganisationsgesetz, StBOG)

Nationale Gremien

Tripartite Agglomerationskonferenz

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) – ein Organ des Bundes, der Konferenz der Kantonsregierungen sowie der Kommunalverbände – behandelt Fragen der Agglomerationspolitik sowie einzelne, für Städte und Gemeinden wichtige Sektoralkonzepte.

Die Konferenz befasste sich mit folgenden Themen:

- Erarbeitung eines Berichts über die Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik
- Ausländer- und Integrationspolitik sowie neue Integrationsmassnahmen des Bundes
- Jugendgewalt
- Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raumes
- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationen
- Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur
- Organisation einer Tagung über die Zusammenarbeit in kantonsübergreifenden Agglomerationen

Parlamentarische Gruppe **« Kommunalpolitik »**

Die eidgenössische Parlamentariergruppe „Kommunalpolitik“, die vom Schweizerischen Städteverband und vom Schweizerischen Gemeindeverband gemeinsam betreut wird, befasste sich mit der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur, dem neuen Finanzausgleich sowie der Liberalisierung des Strommarktes.

Die Gruppe wird nach den National- und Ständeratswahlen neu konstituiert.

Schweizerischer Gemeindeverband

Die bewährte Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeindeverband konnte auch mit dem neuen Verbandsdirektor weitergeführt werden. Ein voller Erfolg war die gemeinsam durchgeführte Ausstellung «Suisse public» in Bern.

ORGANISATIONEN

Gemäss Artikel 17 der Verbandsstatuten ist der Verband im Bereich der Kommissionen, Fachorganisationen und Sektionen wie folgt strukturiert:

Kommissionen und Arbeitsgruppen: Weiterhin setzt der Städteverband Kommissionen und Arbeitsgruppen für die Behandlung von sektoralen Problemen ein.

Fachorganisationen: Diese haben ein eigenes Reglement, eigene Finanzen und einen eigenen Mitgliederkreis. Sie sind aber rechtlich unselbständig. Die Geschäftsführung erfolgt durch den Städteverband. Dazu gehört die Fachorganisation «Kommunale Infrastruktur» (vormals Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt, FES).

Sektionen: Diese sind rechtlich selbständige Vereine mit eigener Verantwortlichkeit und eigener Organisation. Diese Sektionen sind in ihrem Fachbereich autonom. Für die Vertretung grundsätzlicher politischer Positionen und fachübergrei-

fender Probleme ist der Städteverband zuständig. Dazu gehören die Städteinitiative Sozialpolitik und die Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe Statistik bereitete die Herausgabe der Statistik der Schweizer Städte 2008 vor und befasste sich mit den Problemen der Volkszählung 2010. Neben einem intensiven Erfahrungsaustausch behandelte die Arbeitsgruppe Informatik vertieft Fragen zum E-Government. Die Arbeitsgruppe e-geo bearbeitete die Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung über die Geo-Information.

Kommunale Infrastruktur (KI)

ehemals Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES)

Das spartenübergreifende Management der städtischen und kommunalen Infrastrukturanlagen gewinnt auch in der Schweiz an Bedeutung. Mit der Umbenennung der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt in «Kommunale Infrastruktur» im Juni 2007 wurde die Basis für eine Erweiterung der Aktivitäten dieser Fachorganisation gelegt. Die Tagung zum 25-jährigen Verbandsjubiläum vom vergangenen November hat gezeigt, dass Infrastrukturpolitik und Liberalisierungen auch auf der Agenda des Bundes stehen. Das UVEK geht davon aus, dass die Nachfrage von Infrastrukturleistungen in den nächsten dreissig Jahren weiter zunimmt. Auch im UVEK, als eigentliches Infrastrukturdepartement, vertritt man die Haltung, dass Infrastrukturpolitik sehr langfristig ausgelegt sein muss.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und insbesondere die Finanzierung von Bau, Betrieb und Erneuerung müssen, auch im kommunalen Bereich, vermehrt langfristig ausgestaltet werden. Dies gilt für Strassen, Wasser, Abwasser und Energieverteilungsnetze, aber auch für das Immobilienmanagement. Kommunale Infrastruktur positioniert sich als Dienstleistungsorganisation zur Erreichung dieser Ziele.

Auf Bundesebene hat sich Kommunale Infrastruktur gegen die Umsetzung einer Motion zur Liberalisierung bei Gewerbe-



abfall gewehrt. Im Parlament fand die Motion jedoch eine Mehrheit. Bei den Vernehmlassungen des Bundes waren Vorschläge aus dem Umwelt- und Energiebereich von Bedeutung. Zur Änderung der Energieverordnung forderte KI eine angemessene Entschädigung des erneuerbaren Stromanteils aus kommunalen Infrastrukturanlagen wie KVA und Abwasserreinigungsanlagen. Bei der Finanzierung der Sammlung von PET-Getränkeflaschen konnte eine Lösung mit der Branche gefunden werden, sodass eine staatliche vorgezogene Entsorgungsgebühr vorerst nicht nötig ist. KI erreichte auch bei weiteren separat gesammelten Wertstoffen wie Weissblech, Aluminium und Elektro- und Elektronikabfällen eine Verbesserung der Entschädigungen an Städte und Gemeinden.

Wie bisher bot Kommunale Infrastruktur ein breit gefächertes Weiterbildungsangebot für verschiedene Zielgruppen an: Für Führungspersonen in kommunalen Betrieben wurden Kurse zur finanziellen Betriebsführung und Workshops zu allgemeinen Personalführungsthemen angeboten. Bei Mitarbeitern von Werkhöfen erfreute sich der Strassenmeisterkurs ungebrochener Beliebtheit.

Detaillierte Angaben: www.kommunale-infrastruktur.ch

Städteinitiative Sozialpolitik

Unter dem Leitsatz «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln» hat die Städteinitiative Sozialpolitik in einem breit angelegten Prozess und mit Einbezug des Schweizerischen Städteverbandes ihre Strategie 2015 entwickelt. Mit dieser thematischen Ausrichtung will die Städteinitiative Sozialpolitik zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband sozialpolitische und stadtbezogene Impulse geben, die Diskussion lancieren und konkrete Wege zur Weiterentwicklung des schweizerischen Sozialwesens leisten. Ein Schwerpunkt der Strategie 2015 ist das koordinierte und übergreifende Vorgehen, zum Beispiel bei der Frühförderung, bei der Unterstützung von gefährdeten Kindern und Jugendlichen oder bei der beruflichen und sozialen Integration von jungen Menschen.

Im Weiteren hat sich die Städteinitiative Sozialpolitik im vergangenen Jahr an den Vorbereitungsarbeiten zur Nationalen Armutskonferenz beteiligt und zahlreiche Stellungnahmen zu Vernehmlassungen verfasst. Fachleute der Städteinitiative

Sozialpolitik arbeiteten übers Jahr in verschiedenen Arbeitsgruppen mit, wie zum Beispiel zur ZUG-Revision (Bundesgesetz über die Zuständigkeiten für die Unterstützung Bedürftiger), Revision der Pflege- und Adoptionsverordnung, im Beirat Projekt erwerbsabhängige Steuergutschrift und bei der Revision des Asyl- und Ausländergesetzes.

Die kooperative und kompetente Zusammenarbeit der Städteinitiative Sozialpolitik mit dem Städteverband ist unerlässlich. Dank diesem Miteinander ist es, unter anderem auch im vergangenen Jahr, gelungen, in Bundesbern den sozialen Stimmen der Städte und Gemeinden etwas mehr Gehör zu verschaffen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik wird geleitet durch Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor, Stadt Luzern (Präsident seit 2002)

Stadtrat Jean-Christophe Bourquin, Sozialdirektor Stadt Lausanne (Vizepräsident seit 2007)

Stadträtin Maja Ingold, Vorsteherin Departement Soziales, Stadt Winterthur (seit 2002)

Gemeinderätin Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, Stadt Bern (seit 2005).

Stadtrat Nino Cozzio, Vorsteher Direktion Soziales und Sicherheit, Stadt St. Gallen (seit 2007)

Die Broschüre «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln – Städteinitiative Sozialpolitik: Strategie 2015» kann bei der Städteinitiative Sozialpolitik, c/o Sozialdirektion der Stadt Luzern, Hirschengraben 17, 6002 Luzern bestellt oder über www.staedteinitiative.ch elektronisch heruntergeladen werden.

Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD)

Die KSPD, deren Präsidium die Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich seit April 2002 innehat, führte im Berichtsjahr am 26./27. April 2007 ihre Generalversammlung in der Stadt Olten durch und veranstaltete am 6. September 2007 in Zürich die 5. Urbane Sicherheitskonferenz zum Thema «Rotlichtmilieu und Quartierverträglichkeit», die auch bei Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Soziales/Gesundheit auf reges Interesse stiess. Der zugehö-

rige Tagungsband wird voraussichtlich im Frühjahr 2008 erscheinen und ist wie immer im Buchhandel oder über das Sekretariat der KSPD erhältlich.

Als Ersatz für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Doris Cohen-Dumani, Lausanne und Hubert Schlegel, St. Gallen wurden neu Marc Vuilleumier, Lausanne und Nino Cozzio, St. Gallen, in den Vorstand der KSPD gewählt. Die Mitglieder des Vorstands trafen sich regelmässig zur Diskussion über wichtige Themen und zur Koordination der einzelnen Aufgaben und der Vernehmlassungen und stellten durch eine kontinuierliche Präsenz in nahe stehenden Organisationen eine gute Vernetzung und einen umfassenden Austausch von Erfahrungen sicher.

Unter der Adresse www.kspd.net bzw. www.cdpvs.net verfügt die KSPD seit dem Berichtsjahr schliesslich auch über eine eigene, zweisprachig gehaltene Internetseite.

DIENSTLEISTUNGEN

Informationspolitik

Die Informationspolitik des Verbandes gegenüber den Mitgliedern und einer weiteren interessierten Öffentlichkeit stützte sich auf folgende Pfeiler: Zeitschrift «die stadt – les villes», regelmässige direkte elektronische Information der Mitglieder, Jahresmedienkonferenz, zahlreiche Stellungnahmen in den elektronischen und den Printmedien sowie die regelmässig aktualisierte Website.

Im Geschäftsjahr 2007 hat der Vorstand des Städteverbandes eine Neuorientierung der Informationspolitik beschlossen. Neu erscheint anstelle der Zeitschrift der Newsletter. Die Website wird nächstens grundsätzlich überarbeitet und anstelle des bisherigen Redaktors der Zeitschrift soll ein Informationsbeauftragter mit einem erweiterten Pflichtenheft eingestellt werden.

Tagungen, Veranstaltungen

Der Verband führte eine Tagung zur Umsetzung des neuen Infrastrukturfonds des Bundes durch. Die «Kommunale Infrastruktur» organisierte eine Tagung zum Thema «Nationale Infrastrukturpolitik – Neue Herausforderungen, mehr Liberalisierung?». Äusserst erfolgreich war die Ausstellung «Suisse public», die erstmals die Grenze von 20'000 Besucherinnen und Besuchern erreichte. Zudem war der Städteverband Mitträger von zwei Tagungen zum Thema «Nachhaltigkeit» von Bund und Kantonen.

Statistik der Schweizer Städte

Die «Statistik der Schweizer Städte 2008» ist erschienen. Sie enthält Datenmaterial von 140 Städten und Gemeinden, davon 119 mit mehr als 10'000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Die Herausgabe konnte wiederum dank der Mithilfe der Statistik Stadt Zürich verwirklicht werden.

Empfehlungen zu SIA-Honorarordnungen

Die Empfehlungen zu den SIA-Honorarordnungen waren wiederum ein Gemeinschaftswerk der Konferenz der Bauorgane des Bundes, des Bundesamtes für Bauten und Logistik, der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz sowie des Schweizerischen Städteverbandes. Die Empfehlungen 2008 sind anfangs Jahr erschienen.

Versicherungsberatung

Im Hinblick auf die vermehrte politische Neuausrichtung des Verbandes wird die Zusammenarbeit mit dem Versicherungsberatungsdienst auf Ende 2008 eingestellt.

VERBANDSSTRUKTUR

Städtetag 2007

Am Städtetag vom 30./31. August 2007 in Le Locle nahmen 150 Delegierte und Gäste teil. Die Generalversammlung stand unter dem Thema «Standortwettbewerb und Steuerpolitik». Als Vertreter der Landesregierung sprach Bundesrat Samuel Schmid zum Thema «Vom Land-Land zum Stadt-Land». An der Medienkonferenz forderte der Städteverband zusätzliche Investitionen in den Bahnverkehr sowie die gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik.

Mitglieder

Nach der Fusion von Rapperswil-Jona und dem Austritt von Münchenstein BL auf Ende 2007 umfasst der Städteverband 123 Mitglieder, die insgesamt mehr als 3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner aufweisen.

Vorstand

Der Vorstand setzte sich in der Berichtsperiode 2007 wie folgt zusammen (Amtsperiode 2007-2009):

- *Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident, Aarau (Präsident)*
- *Daniel Brélaz, conseiller national, syndic, Lausanne (1. Vizepräsident)*
- *Dr. Elmar Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich (2. Vizepräsident)*
- *Christiane Feldmann-Reichen, Stadtpräsidentin, Murten*
- *Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident, Solothurn*
- *Françoise Jeanneret, présidente, Neuchâtel*
- *Fernand Mariétan, président, Monthey*
- *Dr. Guy Morin, Regierungsrat, Basel-Stadt*
- *Dott. Carla Speziali, Sindaco, Locarno*
- *Hans Stöckli, Nationalrat, Stadtpräsident, Biel-Bienne*
- *Urs W. Studer, Stadtpräsident, Luzern*
- *Manuel Tornare, conseiller administratif, Genève*
- *Alexander Tschäppät, Stadtpräsident, Bern*
- *Peter Vogt-Jourdan, Gemeindepräsident, Muttenz*
- *Marcel Wenger, Stadtpräsident, Schaffhausen*
- *Ernst Wohlwend, Stadtpräsident, Winterthur*

Sekretariat

Dr. Urs Geissmann ist Direktor und Geschäftsleiter. Er betreut die Bereiche Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Tagungen und ist Delegierter in den Leitungsorganen der Fachorganisation Kommunale Infrastruktur, der Städteinitiative Sozialpolitik sowie der Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren. Dr. Urs Geissmann tritt auf Ende Juni 2008 in den Ruhestand. An seiner Stelle hat der Vorstand Frau Renate Amstutz, lic.rer.pol., zur neuen Direktorin mit Amtsantritt auf den 1. Juli 2008 gewählt.

Jean-Philippe von Arx, Redaktor der Zeitschrift «die stadt – les villes», ist auf Ende 2007 altershalber ausgeschieden. Im Laufe des Jahres 2008 wird neu ein Informationsbeauftragter eingestellt werden. Frau Barbara Santschi, lic.rer.pol., arbeitet teilzeitlich als Direktionsmitarbeiterin für den Bereich Bundespolitik.

Neu arbeitet seit Herbst 2007 als Sachbearbeiterin und Verantwortliche für das Sekretariat und die Veranstaltungen Frau Christina Grab beim Städteverband. Frau Gabriela Pieren ist als Teilzeitmitarbeiterin für das Rechnungswesen zuständig. Das Sekretariat des Städteverbandes verfügt gegenwärtig über 280 Stellenprocente.

Alexandre Bukowiecki, dipl. Ing. ETH, ist Geschäftsführer der Fachorganisation «Kommunale Infrastruktur». Ihm steht als Sachbearbeiterin Frau Laura Fellmann zur Seite. Die Kommunale Infrastruktur verfügt über 190 Stellenprocente.

Rechnung und Mitgliederbeiträge

Die Rechnung 2007 schliesst mit einem Defizit von Fr. 1'001.15 ab. Verschiedene einmalige Ausgaben wie die externe Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit, die externe Nachfolgesuche für den Direktor sowie die vorzeitige Pensionierung des Redaktors führten zu Zusatzausgaben.

Der aktuelle Mitgliederbeitrag beruht auf den Zahlen der Volkszählung 2000 und beträgt unverändert 26 Rappen pro Einwohner/Einwohnerin.

Bern, im Februar 2007

POLITIQUE

La politique fédérale est aussi une politique des villes

Les lois et les mesures de la Confédération influencent toujours plus la vie et les activités politiques des villes. C'est pourquoi l'Union des villes a fortement intensifié ses activités sur le plan de la politique fédérale au cours des dix dernières années. Ce travail a porté de premiers fruits. Il s'agit de le poursuivre et, selon les possibilités, de le renforcer dans l'intérêt des villes.

Les premières étapes, comme l'intégration dans la Constitution fédérale de l'article sur les villes et les communes (art. 50 Cst.), n'ont été franchies qu'au prix de fastidieux efforts. Leur mise en œuvre a été ponctuée de nombreux revers. Mais nous constatons aujourd'hui que la Confédération est prête à adapter sa législation en divers domaines. C'est ainsi que l'article 4 de la loi fédérale de 2005 sur la procédure de consultation reconnaît les associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne d'envergure nationale comme partenaires permanents et obligatoires, à l'instar des cantons. Ce statut facilite notamment l'accès aux commissions d'experts de la Confédération et aux auditions des commissions préparatoires des Chambres fédérales. Grâce à la nouvelle loi sur le fonds d'infrastructure, entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2008, la Confédération versera dans un premier temps quelque 6 milliards de francs pendant une période d'environ 20 ans dans les investissements visant l'amélioration de l'infrastructure des transports des villes et des agglomérations. La Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT), également en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2008, reconnaît pour la première fois (malheureusement encore trop modestement) les charges sociodémographiques qui pèsent sur les cantons et les grandes villes.

D'importants intérêts des villes se sont imposés dans diverses politiques sectorielles. La libéralisation du marché de l'électricité, en deux étapes désormais, en est un exemple: l'adaptation aux nouvelles conditions du marché en sera fa-

cilitée pour les entreprises des villes et des communes. S'agissant de mettre en œuvre la politique des étrangers, la Confédération est désormais prête à soutenir des mesures d'intégration transsectorielles. En ce qui concerne la politique des agglomérations au sens étroit, il est positif que la Confédération maintienne son soutien aux projets-modèles de coopération. L'élaboration de projets d'agglomération, exigés par le fonds d'infrastructure, aura également un effet positif sur le trafic. Mais un fondement légal manque toujours à la politique des agglomérations. C'est pourquoi le Conseil fédéral a chargé le DETEC de préparer une telle base dans le cadre de la révision de la loi sur l'aménagement du territoire. Parallèlement, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N) exige par voie de motion l'ancrage de la politique des agglomérations dans la loi.

Dans le domaine des assurances sociales, les villes continuent de pâtir des mesures d'économie et d'assainissement prises au niveau fédéral, car nombre de ces mesures induisent des charges supplémentaires pour l'ultime instrument de soutien, à savoir les prestations d'assistance sociales qui sont largement financées par les villes et les communes. Les villes rencontrent aussi des problèmes face à la modernisation du recensement de la population décidée par les Chambres fédérales, car des éléments de base importants ne sont pas encore garantis et parce que certaines données à évaluer régionalement manqueront en raison des mesures d'économie.

Au cours de l'exercice écoulé, l'Union des villes s'est occupé de manière particulièrement intensive du domaine des transports, de la péréquation financière, de la libéralisation du marché de l'électricité et de la politique des agglomérations.

Transports

La mise en œuvre du cofinancement de projets du trafic des villes et des agglomérations par le fonds d'infrastructure de la Confédération a débuté. Le financement des projets urgents et prêts à être réalisés est garanti. C'est ainsi que le métro M12 de Lausanne va entrer dans sa phase d'achèvement. A Zurich, les projets de nouvelle gare de transit et de ligne de la vallée de la Glatt seront construits. A Lucerne, le



tracé en souterrain de la «Zentralbahn» sera réalisé. S'agissant de la construction des projets de tramway Zurich Ouest et Berne Ouest, les décisions du peuple sont prises et exécutoires, de même que pour le contournement du centre de Fribourg par le pont et le tunnel de la Poya. Dans l'intervalle, les cantons et les agglomérations ont déposé leurs premiers projets d'agglomération pour les transports auprès de la Confédération, de sorte qu'un programme d'investissement supplémentaire pour le trafic d'agglomération pourra faire l'objet d'une décision en 2010.

Mais le fonds d'infrastructure permet aussi, grâce aux autoroutes encore à construire, de désengorger les villes et les grandes communes en absorbant le trafic de transit. Cette remarque vaut en particulier pour la ville de Bienne et pour la région du Haut-Valais. Outre l'adaptation des capacités des autoroutes, la couverture de certains de leurs tronçons gagne toujours en importance, car elle permet d'améliorer la qualité de vie dans les quartiers d'habitation.

La prochaine décision importante pour le trafic ferroviaire dans son ensemble et pour des liaisons ferroviaires rapides et de capacité suffisante entre les villes concerne le projet global de financement des transports publics (FTP) et la loi fédérale sur le futur développement de l'infrastructure ferroviaire (ZEB). Les Chambres fédérales traiteront prochainement de la question. Dès la procédure de consultation, l'Union des villes a indiqué que le développement étendu des liaisons ferroviaires est indispensable à la compétitivité de la Suisse comprise comme «réseau de villes». La forte augmentation des coûts des NLFA ne doit pas conduire à minimiser la réalisation du projet de futur développement de l'infrastructure ferroviaire (ZEB) par manque de moyens financiers. Bien au contraire, un projet supplémentaire à hauteur de trois à cinq milliards de francs s'impose à brève échéance, notamment pour que les grands projets ferroviaires les plus urgents (tunnels du Zimmerberg, du Wiesenberg, du Heitersberg et du Brüttener, troisième voie entre Lausanne et Genève et meilleur raccordement de la région de Lucerne) puissent être réalisés.

Péréquation financière

La Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons est entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2008. Les Chambres fédérales ont défini comme suit, en 2007, les montants de péréquation définitifs qui doivent être versés chaque année aux divers instruments de péréquation: péréquation des ressources en faveur des cantons à faible potentiel de ressources: 3058 millions de francs; compensation des charges excessives dues à des facteurs géotopographiques ou à des facteurs sociodémographiques: 341 millions de francs respectivement; compensation des cas de rigueur: 365 millions de francs. Il est positif que, pour la première fois, les charges urbaines des grandes villes-centres et des cantons soient fondamentalement reconnues par la compensation des charges sociodémographiques. Mais il faut déplorer que les Chambres fédérales n'aient pas eu le courage d'adapter la compensation des charges sociodémographiques au niveau des charges effectives, comme l'Union des villes l'avait demandé lors des auditions auprès des commissions du Conseil des Etats et du Conseil national. En vertu d'une expertise qui ne suscite pas en soi la controverse, environ 70% de la somme totale de 682 millions de francs auraient dû être alloués à la compensation des charges sociodémographiques.

Dans quatre ans environ, on procédera à une analyse des effets de la RPT. L'Union des villes tentera alors une nouvelle fois de faire adapter la compensation des charges sociodémographiques en fonction des charges effectives.

La mise en œuvre de la RPT sur le plan cantonal confronte en particulier les associations cantonales des communes, les villes et les communes à des exigences politiques, matérielles et pour une part financières élevées. Pour les villes et les communes, le bilan global de la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des charges apparaît très disparate selon les modalités de la mise en œuvre au niveau cantonal.



Libéralisation du marché de l'électricité

Le Conseil fédéral a également mis en vigueur précocement, au 1^{er} janvier 2008, la plupart des parties de la nouvelle loi sur l'approvisionnement en électricité. Toutefois, l'ordonnance d'exécution n'est pas encore définitivement élaborée, bien qu'elle doive entrer en force le 1^{er} avril 2008. Les grands clients auront le libre accès au marché dès le 1^{er} janvier 2009. Pour autant que le référendum ne soit pas lancé, la libéralisation pour les petits clients et les ménages est prévue pour 2014. Cette mise en vigueur précoce permettra à la Commission de l'électricité, en sa qualité de régulateur, d'évaluer a posteriori les éventuelles augmentations tarifaires et, le cas échéant, de les abaisser rétroactivement. Du point de vue de l'Etat de droit, cette réglementation soulève des questions. C'est en particulier vrai de l'évaluation rétroactive d'augmentations tarifaires conduites en vertu d'une ordonnance dont l'entrée en vigueur ne sera qu'ultérieure.

L'Union des villes peut revendiquer, conjointement avec des partenaires forts, le mérite d'avoir influencé le projet définitif de loi de manière décisive auprès des Chambres fédérales. Tant le Conseil fédéral que la Commission préparatoire du Conseil national voulaient obtenir l'ouverture immédiate et sans condition du marché. La procédure en deux étapes appliquée désormais, qui prévoit un régulateur et une société nationale du réseau de transport, contribuera à éviter des erreurs, tout en donnant des délais d'adaptation équitables aux entreprises des villes et des communes.

Concept d'agglomération projet de territoire

Durant l'année sous revue, sur la foi d'un rapport intermédiaire, le Conseil fédéral a tiré un premier bilan positif de sa politique des agglomérations. Elle doit se poursuivre et être ancrée dans la loi. En fait, l'actuelle politique des agglomérations du Conseil fédéral se fonde directement sur l'article de la Constitution fédérale relatif aux villes et aux communes. La base légale fait toujours défaut. L'Union des villes a clairement déploré cette lacune durant les auditions des commissions préparatoires des Chambres fédérales concernant la

nouvelle loi sur la politique régionale. Il est réjouissant que la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N) ait ensuite approuvé une motion demandant que la politique des agglomérations soit ancrée comme suit dans la loi sur l'aménagement du territoire:

- réglementation légale des projets d'agglomération;
- création d'une base légale étayant le soutien, déjà en cours, de la Confédération aux projets-modèles de coopération au sein des agglomérations;
- obligation de la Confédération de coordonner la politique régionale (également celle concernant l'espace urbain) avec les politiques sectorielles.

Le Conseil national a déjà approuvé cette motion. Son traitement au Conseil des Etats est encore pendant.

S'agissant du développement ultérieur de la politique des agglomérations, le nouveau «projet de territoire Suisse» de la Confédération est d'une importance décisive. Des représentants des villes ont participé aux travaux pratiques correspondants. La suite dépendra de la volonté des représentants politiques de la Confédération, des cantons et des associations communales d'adopter un «projet de territoire Suisse» consistant.

Consultations et auditions

L'Union des villes a participé à de nombreuses auditions auprès des commissions des Chambres fédérales (concernant la politique régionale, la libéralisation du marché de l'électricité et la dotation des instruments de péréquation dans le cadre de la RPT).

Au cours de l'année sous revue, l'Union des villes a pris position en participant aux consultations et auditions suivantes sur le plan fédéral.

- Introduction de documents d'identité biométriques; approbation et mise en œuvre du développement de l'Acquis de Schengen concernant la loi en matière de documents d'identité et la loi sur les étrangers
- Protection de la population et de l'économie contre le tabagisme passif



- Encouragement de la presse par une participation aux frais de distribution
- Modification de l'article 86 de la Constitution fédérale et création d'un financement spécial en faveur du transport aérien
- Loi fédérale sur la géoinformation (Loi sur la géoinformation, Lgéo)
- Loi sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (LOGA)
- Révision partielle de la loi fédérale sur les entraves techniques au commerce (LETC)
- Révision de la loi fédérale sur l'assurance-accidents (LAA)
- Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise du règlement CE no 2007/2004 portant création de l'Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures (FRONTEX)
- Ratification de la Convention de l'UNESCO sur la diversité culturelle
- Ratification de la Convention de l'UNESCO pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel
- Plan sectoriel Dépôts en couches géologiques profondes. Partie conceptuelle
- Disposition constitutionnelle sur le hooliganisme
- Modèle comptable harmonisé des cantons et des communes (MCH2)
- Ordonnance sur les parcs d'importance nationale (Ordonnance des parcs)
- Ordonnance 5 relative à la loi sur le travail (OLT 5). Protection spéciale des jeunes travailleurs
- Instauration d'un référendum financier
- Traitement fiscal des frais de remise en état d'un immeuble
- Le choix d'un système d'imposition des couples mariés
- Révision totale de l'ordonnance sur le registre du commerce (ORC)
- Ordonnance sur les allocations familiales (OAFam)
- Dispositions d'exécution de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et de la révision partielle du 16 décembre de la loi sur l'asile
- Vue d'ensemble sur le FTP
- Loi fédérale sur les musées et les collections de la Confédération
- RPT; adaptations du droit au niveau de l'ordonnance en lien avec la législation d'exécution de la RPT
- Révision de la loi sur la TVA
- Ratification d'une convention ainsi que de l'amendement d'une convention et adhésion à deux protocoles de révision de l'ONU visant à combattre les actes terroristes contre la sécurité nucléaire et maritime
- Ordonnance sur la protection des voies de communication historiques de Suisse (OIVS)
- Révision partielle du code des obligations (Responsabilité des détenteurs de chiens dangereux)
- Interdiction des pitbulls en Suisse
- Projet d'ordonnance d'application de la loi sur l'harmonisation de registres des habitants et d'autres registres officiels de personnes (P-OHR)
- Financement des institutions de prévoyance de droit public
- Empêcher les mariages fictifs
- Loi sur la nationalité
- Révision de la loi fédérale sur le service civil et de la loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir
- Ordonnance sur l'approvisionnement en électricité et modification de l'ordonnance sur l'énergie
- Plans d'action pour l'efficacité énergétique et pour les énergies renouvelables
- Pour la baisse des primes d'assurance-maladie dans l'assurance de base
- Sapeurs-pompiers 2015
- Pour des campagnes de votation équitables
- Renoncer à l'introduction de l'initiative populaire générale
- LGéo: deuxième audition concernant l'ordonnance sur les noms géographiques
- Ordonnance de l'OFROU concernant l'ordonnance sur le contrôle de la circulation routière (OCCCR-OFROU) et à la révision des instructions spécifiques
- Protection civile. Faire appel au personnel de réserve dans les situations d'urgence
- Loi fédérale sur l'organisation des autorités pénales de la Confédération (Loi sur l'organisation des autorités pénales, LOGP)

Organismes nationaux

Conférence tripartite sur les agglomérations

La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) – un organe de la Confédération, de la Conférence des gouvernements cantonaux et des associations des villes et des communes – traite les questions de politique des agglomérations et certains aspects de politique sectorielle importants pour les villes et les communes.

La Conférence tripartite sur les agglomérations s'est occupée des thèmes suivants:

- élaboration d'un rapport sur les possibilités et les limites d'une politique cantonale des agglomérations;
- politique des étrangers, politique d'intégration et nouvelles mesures d'intégration de la Confédération;
- violence juvénile;
- coordination de la politique des agglomérations avec la politique de l'espace rural;
- renforcement de la compétitivité internationale des agglomérations;
- futur développement de l'infrastructure ferroviaire;
- organisation d'une conférence sur la coopération au sein des agglomérations transcantoniales.

Groupe parlementaire « politique communale »

Le groupe parlementaire fédéral « politique communale », encadré conjointement par l'Association des communes suisses et par l'Union des villes suisses, a traité les affaires suivantes: futur développement de l'infrastructure ferroviaire, réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches et libéralisation du marché de l'électricité.

La composition du groupe sera redéfinie après les élections au Conseil national et au Conseil des Etats.

Association des communes suisses

La coopération avec l'Association des communes suisses, qui a fait ses preuves, s'est poursuivie avec son nouveau directeur. L'exposition organisée conjointement à Berne, «Suisse public», a connu un succès total.

ORGANISATIONS

En vertu de l'article 17 de ses statuts, l'Union des villes suisses est structurée comme suit quant à ses commissions, organisations spécialisées et sections.

Commissions et groupes de travail: l'Union des villes continue de mettre sur pied des commissions et des groupes de travail pour traiter les problèmes sectoriels.

Organisations spécialisées: elles ont un règlement, des finances et un cercle de membres en propre. Elles ne sont pas autonomes du point de vue juridique. La conduite de leurs affaires relève de l'Union des villes. L'organisation «Infrastructures communales» (anciennement Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets, ORED) en fait partie.

Sections: il s'agit d'associations juridiquement autonomes, qui disposent de compétences et d'une organisation propres. Dans leur domaine spécialisé, elles agissent en leur propre nom. Les prises de position sur les points de politique fondamentaux et sur les questions transsectorielles ressortissent à l'Union des villes. L'Initiative des villes: politique sociale (IV) et la Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS) font partie de ce type d'associations.

Commissions et groupes de travail

Le groupe de travail Statistiques a préparé l'édition des «Statistiques des villes suisses 2008» et a travaillé sur les problèmes du recensement de la population 2010. Outre un échange d'expériences intensif, le groupe de travail Informa-



tique a approfondi des questions de cyberadministration. Le groupe de travail e-geo a traité la mise en œuvre de la nouvelle législation fédérale en matière de géoinformation.

Infrastructures communales (IC) (anciennement Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets, ORED)

La gestion transsectorielle des infrastructures communales et urbaines gagne également en importance en Suisse. Le changement de nom de l'Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets, rebaptisé «Infrastructures communales» en juin 2007, reflète l'élargissement des activités de cette organisation spécialisée. La conférence de novembre dernier, à l'occasion des 25 ans de l'organisation, a montré que la politique des infrastructures et les processus de libéralisation sont aussi inscrits à l'agenda de la Confédération. Le DETEC postule que la demande en prestations d'infrastructure continuera d'augmenter ces trente prochaines années. Au DETEC toujours, qui représente en fait le «Département des infrastructures» également, on est d'avis que la politique des infrastructures doit être conçue à très long terme. Sur le plan communal, la définition des conditions-cadre légales, notamment du financement des constructions, de l'exploitation et du renouvellement, doit aussi intervenir davantage à long terme. Cette remarque vaut pour les routes, l'eau, les eaux usées, les réseaux de distribution d'énergie et la gestion du parc immobilier. L'organisme Infrastructures communales se positionne comme une organisation de prestations orientée vers la réalisation de ces objectifs.

Sur le plan fédéral, l'organisme Infrastructures communales (IC) s'est opposé à la mise en œuvre d'une motion visant la libéralisation de la gestion des déchets issus de l'activité économique. Néanmoins, cette motion a obtenu une majorité au Parlement. S'agissant des procédures de consultation, certains projets concernant les domaines de l'environnement et de l'énergie revêtaient de l'importance. Dans le cadre de la modification de l'ordonnance sur l'énergie, IC a demandé que la part d'électricité renouvelable issue des infrastructures communales, comme les usines d'incinération

des ordures ménagères (UIOM) et les stations d'épuration des eaux usées (STEP), soit adéquatement rétribuée. En ce qui concerne le financement de la collecte des bouteilles de boissons en PET, une solution a été trouvée avec la branche, si bien qu'une taxe anticipée de recyclage imposée par l'Etat n'est pas nécessaire pour l'instant. IC a en outre obtenu que les indemnités versées aux villes et aux communes soient améliorées pour d'autres matériaux valorisables qui sont collectés et triés, comme le fer-blanc, l'aluminium et les déchets électriques et électroniques.

Comme jusqu'à ce stade, Infrastructures communales a proposé un large éventail de formations continues destinées à divers groupes cibles. Pour les cadres des entreprises communales, l'offre comprenait des cours de gestion financière et des ateliers sur différents aspects de la conduite du personnel. Quant au cours de cantonnier, il continue de susciter un intérêt sans faille auprès du personnel des centres d'entretien. On trouvera des renseignements détaillés sous: www.infrastructures-communales.ch.

Initiative des villes: Politique sociale

«Elargir la politique sociale et agir en réseau», tel est le principe directeur de la stratégie 2015 que l'Initiative des villes: Politique sociale a développé avec le concours de l'Union des villes suisses dans le cadre d'un processus largement étayé. En axant son action selon cette orientation thématique, l'Initiative des villes: Politique sociale entend, conjointement avec l'Union des villes, donner des impulsions de politique sociale et de politique urbaine, lancer la discussion et tracer des voies concrètes pour le futur développement du domaine social en Suisse. Un aspect prioritaire de la stratégie 2015 réside dans le choix d'une procédure coordonnée et transsectorielle, par exemple s'agissant de la promotion précoce, du soutien aux enfants et aux jeunes en danger ou encore de l'intégration professionnelle et sociale des jeunes adultes.

Par ailleurs, l'Initiative des villes: Politique sociale a participé l'année passée aux travaux préparatoires de la Conférence nationale contre la pauvreté. Elle a aussi déposé de nombreuses prises de position dans le cadre des consultations.



Les spécialistes de l'initiative des villes: Politique sociale ont œuvré au cours de l'année dans divers groupes de travail, par exemple à la révision de la loi fédérale sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin (LAS), à la révision de l'ordonnance réglant le placement d'enfants à des fins d'entretien et en vue d'adoption (OPEE), dans le comité consultatif encadrant le projet de crédit d'impôt dépendant du revenu et à la révision des lois sur l'asile et sur les étrangers. La coopération de l'Union des villes et de l'Initiative des villes: Politique sociale, qui conjuguent leurs compétences, est indispensable. Leur alliance a notamment permis l'année passée de faire entendre plus distinctement la voix sociale des villes et des communes dans la Berne fédérale.

L'Initiative des villes: Politique sociale est dirigée par Ruedi Meier, conseiller municipal et directeur des affaires sociales de Lucerne (président de l'IV depuis 2002)

Jean-Christophe Bourquin, conseiller municipal et directeur des affaires sociales de Lausanne (vice-président de l'IV depuis 2007)

Maja Ingold, conseillère municipale et directrice du département des affaires sociales de Winterthour (depuis 2002)

Edith Olibet, conseillère municipale et directrice de la formation, des affaires sociales et du sport de la ville de Berne (depuis 2005)

Nino Cozzio, conseiller municipal et directeur des affaires sociales et de la sécurité de la ville de St-Gall (depuis 2007).

La brochure «Elargir la politique sociale et agir en réseau. Initiative des villes: Politique sociale. Stratégie 2015» peut être commandée auprès de l'Initiative des villes: Politique sociale, c/o Direction des affaires sociales de Lucerne, Hirschengraben 17, 6002 Lucerne ou téléchargée à partir du site www.initiative-villes.ch.

Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS)

La CDPVS, présidée depuis avril 2002 par la directrice du Département de la police de la ville de Zurich, a tenu son assemblée générale les 26/27 avril 2007 à Olten. Le 6 septembre 2007, la CDPVS a en outre organisé à Zurich la 5e conférence sur la sécurité urbaine, qui était placée sous le thème de

la «compatibilité du milieu de la prostitution avec la vie de quartier». Cette manifestation a rencontré un vif intérêt des personnes représentant les domaines des affaires sociales et de la santé. La publication issue de la conférence paraîtra probablement au printemps 2008 et sera comme d'habitude disponible en librairie et au secrétariat de la CDPVS.

Marc Vuilleumier, de Lausanne et Nino Cozzio, de St-Gall, nouvellement nommés au Comité de la CDPVS, y remplaceront les membres sortants: Doris Cohen-Dumani, de Lausanne et Hubert Schlegel, de St-Gall. Les membres du Comité se sont régulièrement réunis pour discuter de thèmes importants et pour coordonner les diverses tâches et les prises de position dans le cadre des consultations. Grâce à une présence continue au sein d'organisations apparentées, ils ont garanti le bon fonctionnement du réseau et un large échange d'expériences.

Depuis l'année sous rapport, la CDPVS dispose de son propre site internet bilingue: www.kspd.net ou www.cdpvs.net.

PRESTATIONS DE SERVICES

Politique d'information

La politique d'information de l'Union des villes envers ses membres et le public intéressé s'est appuyée sur les piliers suivants: revue «die stadt – les villes», information électronique régulière directe des membres, conférence de presse annuelle, nombreuses prises de position dans les médias électroniques et imprimés ainsi que le site web régulièrement tenu à jour.

Durant l'exercice 2007, le Comité de l'Union des villes a décidé de réorienter sa politique d'information. Désormais,



la revue sera remplacée par la parution du bulletin électronique («newsletter»). Le site web sera fondamentalement remanié prochainement. La fonction du rédacteur de la revue sera remplacée par celle d'un chargé d'information dont le cahier des charges sera élargi.

Conférences, manifestations

L'Union des villes a organisé une conférence sur la mise en œuvre du nouveau fonds d'infrastructure de la Confédération. «Infrastructures communales» a mis sur pied une conférence sur le thème de la «Politique nationale des infrastructures. Nouveaux défis: vers une plus grande libéralisation?». L'exposition «Suisse public» a connu un très grand succès: la barrière des 20 000 visiteurs a été franchie pour la première fois. En outre, l'Union des villes s'est impliquée dans l'organisation de deux conférences sur le thème du développement durable de la Confédération et des cantons.

Statistiques des villes suisses

L'édition 2008 de «Statistiques des villes suisses» a paru. Elle contient les données de 140 villes et communes, dont 119 de plus de 10 000 habitants. L'Office de la statistique de la ville de Zurich a une nouvelle fois contribué à la réalisation de cette publication.

Honoraire SIA

Comme de coutume, les recommandations en matière d'honoraire SIA ont été l'œuvre commune de la Conférence des services fédéraux de construction (CSFC), de l'Office fédéral des constructions et de la logistique (OCL), de la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement (DTAP) et de l'Union des villes suisses (UVS). Les recommandations 2008 ont paru au début de l'année.

Service-conseil en assurance

Dans la perspective de la nouvelle orientation de l'Union des villes, plus axée sur les questions politiques, on cessera la coopération dans le domaine des prestations de conseil en assurance à la fin de 2008.

STRUCTURE DE L'UNION DES VILLES

Journée des villes 2007

150 délégués et invités ont pris part à la Journée des villes organisée les 30 et 31 août 2007 au Locle. Cette Journée des villes était placée sous le thème de la concurrence entre les places économiques et la politique fiscale. Le Conseil fédéral Samuel Schmid, qui représentait le Gouvernement de notre pays, s'est exprimé sur le caractère urbain et les références rurales de la Suisse («Vom Land-Land zum Stadt-Land»). Lors de la conférence de presse, l'Union des villes a demandé que des investissements supplémentaires soient consentis dans le trafic ferroviaire interurbain et que la politique des agglomérations soient ancrée dans la loi.

Membres

Suite à la fusion de Rapperswil-Jona et à la démission de Münchenstein (BL) à la fin de 2007, l'Union des villes compte 123 membres, qui représentent au total plus de 3 millions d'habitants.

Comité

La composition du Comité était la suivante durant l'année sous rapport (période 2007-2009):

- *Marcel Guignard, maire, Aarau (président)*
- *Daniel Brélaz, conseiller national, syndic, Lausanne (1^{er} vice-président)*
- *Elmar Ledergerber, maire, Zurich (2^e vice-président)*
- *Christiane Feldmann-Reichen, syndique, Morat*
- *Kurt Fluri, conseiller national, maire, Soleure*
- *Françoise Jeanneret, présidente, Neuchâtel*
- *Fernand Mariétan, président, Monthey*
- *Guy Morin, conseiller d'Etat, Bâle-Ville*
- *Carla Speziali, syndique, Locarno*
- *Hans Stöckli, conseiller national, maire, Biel-Bienne*
- *Urs W. Studer, maire, Lucerne*
- *Manuel Tornare, conseiller administratif, Genève*
- *Alexander Tschäppät, maire, Berne*
- *Peter Vogt-Jourdan, maire, Muttenz*
- *Marcel Wenger, maire, Schaffhouse*
- *Ernst Wohlwend, maire, Winterthour*

Secrétariat

M. Urs Geissmann, directeur, est chargé de l'ensemble des affaires. Il s'occupe des domaines suivants: politique, relations publiques, formation et journées d'information. Il représente l'Union des villes dans les organes directeurs de l'organisation Infrastructures communales, de l'Initiative des villes: politique sociale et de la Conférence des directeurs de police des villes suisses. Il représente en outre l'UVS au Conseil d'administration de Trees SA, société de conseil en assurances, jusqu'à la fin de l'exercice 2007. Urs Geissmann entrera à la retraite à fin juin 2008. Pour lui succéder au poste de directeur, le Comité a nommé Mme Renate Amstutz, licenciée en sciences économiques, qui entrera en fonction le 1^{er} juillet 2008.

M. Jean-Philippe von Arx, rédacteur de la revue «die stadt – les villes», a pris sa retraite à la fin de 2007 pour raison d'âge. Un chargé d'information sera engagé au cours de 2008 pour une nouvelle fonction.

Mme Barbara Santschi, licenciée en sciences économiques, travaille à temps partiel comme attachée de direction dans le domaine de la politique fédérale.

Mme Christina Grab travaille à l'Union des villes depuis l'automne 2007 en qualité d'employée spécialisée et de responsable du secrétariat et des manifestations.

Mme Gabriela Pieren, employée à temps partiel, est chargée de la comptabilité.

Le secrétariat de l'Union des villes dispose actuellement de 280 pour-cent de poste.

M. Alexandre Bukowiecki, ingénieur EPF, est responsable des affaires de l'organisation Infrastructures communales. Il est secondé par Mme Laura Fellmann, employée spécialisée. «Infrastructures communales» dispose d'un effectif de 190 pour-cent de poste.

Comptes

Les comptes 2007 se soldent par un déficit de 1001,15 francs. Diverses dépenses uniques, dues par exemple à l'examen du travail de relations publiques et à la recherche d'une personne pour succéder au directeur (tâches réalisées en externe) ou à la retraite anticipée du rédacteur, expliquent l'excédent des charges. Elles sont largement couvertes par la dissolution des provisions constituées à cet effet.

Cotisations des membres

Les cotisations actuelles, d'un montant inchangé de 26 centimes par habitant, sont calculées sur la base du recensement de la population 2000.

Berne, février 2007

VERTRETUNGEN/ REPRÉSENTATIONS

Kommissionen SSV **Commissions UVS**

Kontrollstelle/ Contrôleurs

- A. Neukomm, a. Gemeinderat, Hallau, Präsident
- K. Bill, CEO Energie Wasser Bern, Bern
- F. Pasche, a. Secrétaire municipal, Lausanne
- E. Sicher, Finanzkontrolle der Stadt Zürich

Arbeitsgruppe Statistik

Groupe de travail de statistique

- W. Wittmer, Direktor Statistik Stadt Zürich, Präsident
- M. Baster, Bevölkerungsstatistik Stadt Zürich
- G. Brunner, Stadtentwicklung Stadt Winterthur
- Th. Holzer, Statistikdienste Stadt Bern
- P. Laube, Leiter Statistisches Amt, Kanton Basel-Stadt
- G. A. Paravicini, Vorsteher Amt für Statistik, Kanton Luzern
- R. Rietschin, Office cantonal de la statistique, Genève
- Ch. Roh, SCRIS, Lausanne
- Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Fachgruppe Umwelt und Energie SSV/IC

Commission technique environnement et énergie UVS/KI

- H. Künzle, Umweltfachstelle, St. Gallen, Präsident
- B. Bébié, Energiebeauftragter, Industrielle Betriebe, Zürich
- U. Capaul, Stadtökologe, Schaffhausen
- Ch. Diez, Umweltbeauftragter, Thun
- V. Gmür, Fachstelle Umwelt/Energie, Langenthal
- B. Horlacher, Stadtbauamt, Aarau
- A. Roschewitz, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Winterthur
- G. Schmid, Umweltschutz, Luzern
- A. Stiefel, Amt für Umweltschutz, Bern
- B. Trüssel, Amt für Umwelt, Zug
- K. Tschanz, Umwelt- und Gesundheitsschutzamt, Zürich
- A. Bukowiecki, Geschäftsführer Kommunale Infrastruktur

Informatik-Kommission

Commission d'informatique

- P. Züllig, Leiter Zentrale Dienste, Baden, Präsident
- P. App, Direktor VRSG, St. Gallen
- R. Cotting, Chef de service inf., Fribourg
- U. Jermann, Geschäftsleiter SIK/CSI, Basel
- D. Kreuzer, Systemingenieur, Köniz
- B. Landolt, Leiter Informatik, Emmen
- G. Moï, Chef SOI, Lausanne
- H. Oechslin, Leiter Informatikstrategiestelle, Schaffhausen

- R. Müller, Geschäftsleiter, RIZ Wetzikon
- B. Santschi, Adjunktin Schweiz. Städteverband
- U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband
- U. König, Direktor Schweizerischer Gemeindeverband

Arbeitsgruppe e-geo.ch

Groupe de travail e-geo.ch

- Ch. Gees, Leiter GIS-Zentrum, Zürich, Präsident
- U. Baumgartner, Stadtgeometer, St. Gallen
- R. Conrad, Abteilungsleiter GI, Chur
- Y. Deillon, chef du service du cadastre, Lausanne
- M. Dellenbach, Abteilungsleiter GIS, Luzern
- Ch. Früh, Stadtgeometerin, Bern
- L. Hoffmann, concepteur du SITV, Genève
- D. Kofmel, Stadtgeometer, Winterthur
- S. Rolli, Leiter GIS-Zentrum, Basel
- B. Wittmer, Projektleiter, Planungsamt, Thun
- O. Wolter, Stadtplanung, Schaffhausen

Fachorganisationen SSV

Organisations spécialisées UVS

Kommunale Infrastruktur (KI)

Infrastructures communales (IC)

- Präsident/Président: Gottfried Neuhold, Direktor ERZ, Zürich
- Geschäftsführer/Secrétaire: Alexandre Bukowiecki, Bern

Sektionen SSV

Sections UVS

Städteinitiative Sozialpolitik (SI)

Initiative des villes: Politique sociale (IV)

- Präsident/Président: Ruedi Meier, Stadtrat, Luzern
- Geschäftsführer/Secrétaire: Marcel Schuler, Luzern

Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD)

Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS)

- Präsidentin/Présidente: Esther Maurer, Stadträtin, Zürich
- Sekretariat/Secrétariat: Christina Beurret-Fehr, Zürich

Kommissionen des Bundes Commissions fédérales

Neuordnung Finanzausgleich

Nouvelle péréquation financière

- Politisches Steuerungsorgan:
Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Präsident SSV, Aarau
- Leitorgan:
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband
- Projektgruppe Lastenausgleich:
L. Berrisch, Departementssekretärin, Zürich
- Projektgruppe Agglomerationsverkehr:
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Raumkonzept Schweiz

Projet de territoire Suisse

Politische Begleitgruppe

D. Brélaz, syndic, conseiller national, Lausanne
Dr. E. Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Eidg. Kommission für Migrationsfragen

R. Meier, Stadtrat, Luzern

E-Government-Strategie Schweiz

Stratégie de cyberadministration en Suisse

Steuerungsausschuss

P. Bernasconi, Gemeindepräsident, Worb
E. Wohlwend, Stadtpräsident, Winterthur

Energiestrategie

Begleitgruppe öffentliche Verwaltung
F. Brunner, Stadtrat, St. Gallen

Stellenportal www.ch.ch/publicjobs

Beirat

P. Walde, Personalleiter, Aarau

Konferenz der Bauorgane des Bundes

Conférence des services fédéraux de construction

- P. Ess, Direktor Amt f. Hochbauten, Zürich
- Arbeitsgruppen:
S. Eberle, Fachstellenleiterin, Winterthur
 - Fachgruppe Dienstleistungen Planer:
Th. Braun, Bereichsleiter Amt f. Hochbauten, Zürich

Informationsportal www.ch.ch

Portail d'information www.ch.ch

P. App, Direktor Verwaltungsrechenzentrum AG, St. Gallen

Beirat «Erwerbsunabhängige Steuergutschriften»

Groupe d'experts pour les crédits d'impôt indépendants du revenu

M. Ingold, Stadträtin, Winterthur

Steuerungsgruppe «Mobility Pricing»

Comité de pilotage «Mobility Pricing»

Dr. U. Geissmann, Direktor Städteverband

Arbeitsgruppe «Vote électronique»

Groupe de travail «Vote électronique»

P. Kreuzer, Leiter Informatik, Köniz-Muri

Arbeitsgruppe «Finanzstatistik»

Groupe de travail «Statistique financière»

W. Wittmer, Direktor Statistik Stadt Zürich

Begleitkommission Langsamverkehrsstatistik

Commission d'accompagnement de la statistique «mobilité douce»

Dr. W. Troxler, stv. Hauptabteilungsleiter, Statistik Stadt Zürich

Begleitgruppe Registerharmonisierung

Groupe d'accompagnement «harmonisation des registres»

Dr. W. Troxler, stv. Hauptabteilungsleiter, Statistik Stadt Zürich

Strategiegruppe agglo.ch (Agglomerationsdefinition)

Groupe stratégique agglo.ch (définition des agglomérations)

W. Wittmer, Direktor, Statistik Stadt Zürich

Schweizerische Organisationen Organisations suisses

Schweizerischer Zivilschutz-Fachverband der Städte

Association professionnelle suisse de la protection civile des villes

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Konferenz der Schweizer Städte für Kulturfragen

Conférence des villes suisses en matière culturelle

Dr. Urs Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Informatikkonferenz (Vorstand)

Conférence suisse sur l'informatique (comité)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (Patronatskomitee)

Société suisse des sciences administratives
(comité de patronage)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Tripartite Agglomerationskonferenz

Conférence tripartite sur les agglomérations

Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Präsident SSV, Aarau

D. Brélaz, CN, syndic, Lausanne

Dr. E. Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich

H. Stöckli, NR, Stadtpräsident, Biel

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren

Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales

R. Meier, Stadtrat, Luzern (Vorstand)

Städtische Steuerkonferenz Schweiz

Conférences des villes suisses sur les impôts

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

eCH

P. Züllig, Leiter Zentrale Dienste, Baden

Schweizerischer Verband der Einwohnerkontrollen

Association suisse des contrôles des habitants

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz

Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement

M. Waser, Stadtrat, Zürich (Vorstand)

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs

Conférence des directeurs cantonaux des transports publics

D. Brélaz, conseiller national, syndic, Lausanne (comité)

Internationale Organisationen
Organisations internationales

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux du Conseil de l'Europe

D. Ghisletta, Vizestadtpräsident, Bellinzona

E. Maurer, Stadträtin, Zürich

Schweizerische Vereinigung für den Rat der Gemeinden Europas (Vorstand)

Association suisse pour le Conseil des communes d'Europe (comité)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Eidgenössische Parlamentariergruppe
« Kommunalpolitik »
Groupe parlementaire
« Politique communale »

Vorstand/Comité

K. Fluri, Nationalrat, Solothurn, Präsident

V. Amherd, Nationalrätin, Brig-Glis

D. Berberat, Nationalrat, La Chaux-de-Fonds

Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen

Ursula Haller, Nationalrätin, Thun

Hans Stöckli, Nationalrat, Biel

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

ERFOLGSRECHNUNG / COMPTES D'EXPLOITATION 2007

Ertrag / Revenus

Mitgliederbeiträge / Cotisation des membres	789'443.00
Zinsen / Intérêts	15'236.10
Tagung / Journée d'étude	24'091.15
Ausstellung «Suisse Public» /	
Exposition «Suisse Public»	147'917.50
«die stadt – les villes»	92'749.85
«Statistik der Schweizer Städte» /	
«Statistiques des villes suisses»	3'149.05
Verwaltungskosten Kommunale Infrastruktur +	
Städteinitiative /	
Administration Infrastructures communales +	
Initiative des villes	222'000.00
Übriger Ertrag / Autre revenu	3'160.55
Auflösung Rückstellung Pensionskasse /	
Dissolution de provision Caisse de pension	64'000.00
Auflösung Rückstellung «die stadt – les villes» /	
Dissolution de provision «die stadt – les villes»	40'000.00

Total Ertrag / Total des revenus	1'401'747.20
Reinverlust / Perte net 2007	1'001.15
	1'402'748.35

Aufwand / Charges

Sachaufwand / Dépenses générales

Städtetag / Journée des villes	9'111.20
Sitzungen und Reisen / Séances et voyages	9'983.20
Tripartite Agglomerationskonferenz /	
Conference tripartite sur les agglomérations	15'983.05
Tagung / Journée d'étude	28'082.90
Ausstellung «Suisse Public» /	
Exposition «Suisse Public»	25'378.95
«die stadt – les villes»	88'412.20
«Statistik der Schweizer Städte» /	
«Statistiques des villes suisses»	22'576.20
Newsletter / Lettre d'information	18'142.75
Ueberprüfung Kommunikation /	
Evaluation de la communication	37'616.45
Raumkonzept Schweiz / Projet de territoire CH	10'000.00
Geschäftsbericht / Rapport de gestion	9'984.55
Diverse Kosten (Fremdarbeiten) /	
Frais divers (travaux de tiers)	1'620.40
Miete, Mietnebenkosten Florastrasse /	
Loyer, Charges de loyer Florastrasse	54'534.50
Anschaffungen / Acquisitions	201.30
Neuinvestitionen IT /	
Investissements informatiques	87'579.40
U / R Allgemein / Büromaschinen / IT /	
E / R général / Appareils de bureau / informatiques	20'431.35
Porti, Telefon / Ports et téléphones	12'471.70
Büromaterial, Drucksachen /	
Fournitures de bureau, imprimés	8'927.70
Bibliothek, Zeitungen / Journaux, livres	16'697.25
Kontrollstelle / Organe de contrôle	4'331.05
Revision Buchhaltung, Beratung extern /	
Contrôle des comptes hors services	3'895.50
Nachfolgesuche Direktor /	
Mise au concours pour la succession du directeur	54'434.10
Verschiedene Sachkosten / Dépenses diverses	4'248.40
Beiträge an Organisationen /	
Cotisations à diverses organisations	6'791.70

Total Sachaufwand / Total Dépenses générales 551'435.80

Personalaufwand / Frais de personnel

Löhne / Salaires	686'699.15
Sozialleistungen / Charges sociales	142'418.45
Übrige Personalkosten / Autres frais	22'194.95

Total Personalaufwand /

Total Frais de personnel 851'312.55

Total Aufwand / Total des charges 1'402'748.35

1'402'748.35

VERMÖGENSRECHNUNG / DÉTAIL DE LA FORTUNE 31.12.2007

Aktiven / Actifs

Umlaufvermögen / Actifs circulants

Flüssige Mittel / Liquidités

Kasse / Caisse	653.85
Postkonto / Compte de chèques	70'062.85
Banken / Banques	25'676.65
Geldanlage / Placements	649'968.00
Total Flüssige Mittel /	
Total Liquidités	746'361.35

Übriges Umlaufvermögen / Autres actifs circulants

Verrechnungssteuer /	
Impôts anticipés	72.60
Kommunale Infrastruktur /	
Infrastructures communales,	
Bern, Kto.-Krt.	1'545.60
Guthaben Postmail /	
Avoir Postmail	600.55
Aktive Rechnungsabgrenzung /	
Actifs transitoires	28'163.40
Total übr. Umlaufvermögen /	
Total Autres actifs circulants	30'382.15

Total Umlaufvermögen / Total Actifs circulants 776'743.50

Anlagevermögen / Actifs immobilisés

Sachanlagen / Immobilisations corporelles

Mobiliar / Mobilier	1.00
OKS-Signet	1.00
Total Sachanlagen / Total Immobilisations corporelles	2.00

Total Anlagevermögen / Total Actifs immobilisés 2.00

BILANZSUMME / BILAN 776'745.50

Passiven / Passifs

Fremdkapital / Fonds étrangers

Kurzfristige Verbindlichkeiten / Engagements à court terme

aus Lieferungen und Leistungen /	
pour fournitures et prestations	90'233.75
Passive Rechnungsabgrenzung /	
Passifs transitoires	21'746.00
Total kurzfr. Verbindlichkeiten /	
Total Engagements pour fourn. et prest.	111'979.75

Rückstellungen / Provisions

Ausgleichsreserve Pensionskasse /	
Réserve d'égalisation Caisse de pension	6'000.00
Schulung / Formation	11'000.00
Total Rückstellungen / Total Provisions	17'000.00

Total Fremdkapital / Total Fonds étrangers 128'979.75

Eigenkapital / Fonds propres

Vermögen / Fortune 31.12.07	647'765.75
Total Eigenkapital / Total Fonds propres	647'765.75

Total Eigenkapital / Total Fonds propres 647'765.75

EVENTUALVERPFLICHTUNGEN Kommunale Infrastruktur (per 31.12.2007; ohne SSV/OKS)

OBLIGATIONS ÉV. ENVERS Infrastructures communales (au 31.12.2007; sans UVS/OKS)

11'873.70

BERICHT DER REVISIONSSTELLE

an die Mitgliederversammlung des Schweizerischen Städteverbandes

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) des **Schweizerischen Städteverbandes** für das am **31. Dezember 2007** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Revisionsstelle:

sig. A. Neukomm K. Bill F. Pasche E. Sicher

Bern, 2. April 2008